

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5038

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5038](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5038)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



## Misstände auf Schweizer Plantagen

Die Schweiz ist die grösste Handelsdrehscheibe für Agrarrohstoffe weltweit. Alle bedeutenden Agrarhändler wickeln hier wichtige Handelsgeschäfte ab. Die Trader sind längst hochgradig integrierte Agro-Food-Konzerne, die ganze Wertschöpfungsketten managen. Sie verwalten auch eigene Plantagen und üben dadurch eine direkte Kontrolle über den Anbau aus.

Public Eye zeigt nun erstmals systematisch auf, wo und auf wieviel Land die Schweizer Händler welche Agrarrohstoffe anbauen. Die von ihnen kontrollierten Plantagen umfassen mindestens 2,7 Millionen Hektar – mehr als das Sechsfache des Schweizer Ackerlandes. Insgesamt konnte eine neue Studie 561 Plantagen in 24 Ländern des globalen Südens identifizieren, auf welchen vor allem Zuckerrohr und Palmöl angebaut werden.

Bei diesem Anbau kommt es vielerorts zu Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzungen, was 10 exemplarische Konflikte in Zusammenhang mit den von Schweizer Tradern kontrollierten Plantagen verdeutlichen. So baut der brasilianisch-schweizerische Bioenergiekonzern Biosev seit Jahren auf gewissen Plantagen in Brasilien ohne Umweltlizenz

Zuckerrohr an. Eine Klage der Staatsanwaltschaft des Bundesraats Minas Gerais ist deswegen hängig. In Indonesien sehen sich Indigene aufgrund einer Palmölplantage von Cargill ihrer Lebensgrundlage beraubt. Und in Zusammenhang mit Kaffeeplantagen von Schweizer Tradern in Uganda, Laos und Tansania kam es zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung.

Mit der Kontrolle über den Anbau geht eine Verantwortung der Schweizer Agrarhändler für die Produktionsbedingungen einher. Diese nehmen sie nur ungenügend wahr. Deshalb ist es dringend nötig, dass die Schweiz den Tradern umfassende Sorgfaltsprüfungspflichten auferlegt und echte Konzernverantwortung einfordert.

Weiterführende Infos:



## Steuertricks auf Kosten der Ärmsten

Der Konzern Socfin mit Sitz in Luxemburg besitzt in 10 afrikanischen und asiatischen Ländern Konzessionen auf einer Fläche von über 380'000 Hektaren. Das entspricht etwa der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Schweiz. Auf seinen 15 Plantagen produziert der Konzern Kautschuk und Palmöl, das er danach auf den Weltmarkt bringt. Mehrere Studien haben aufgezeigt, dass Tochterfirmen von Socfin in Liberia, Sierra Leone und im Vietnam Menschenrechte und Umweltstandards verletzt haben.

Eine Recherche von Brot für Alle, Alliance Sud und dem deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit von Mitte Oktober hat die Steueroptimierungspraktiken der schweizerischen Filialen des Konzerns, Sogescol und Socfinco, beleuchtet. In Liberia beispielsweise gilt eine Gewinnsteuer von 25 % für Unternehmen. Um das nicht bezahlen zu müssen, wickelt Socfin seinen dortigen Gewinn über die Tochterfirmen in der Schweiz ab. Hier bezahlt der Konzern in Fribourg knapp 14 % Steuern. Diese Praxis zeigt sich in einer

Analyse des durchschnittlichen Gewinns pro Mitarbeitende in jedem Land. Während in afrikanischen Ländern pro Socfin-Mitarbeitende 1'600 Euro verbucht werden, liegt der Durchschnitt in den Schweizer Filialen bei 200'000 Euro. Und das, obwohl der Ertrag ja eigentlich im Ausland erwirtschaftet wird.

Durch diese aggressive Steueroptimierung entzieht Socfin jedes Jahr ärmeren Ländern Millionenbeträge. Mit diesem Geld könnten Schulen und Spitäler gebaut oder Medikamente für den Kampf gegen die Corona-Krise gekauft werden.

Zur ganzen Recherche:



Foto: Santiago Botón

## Ausnahmezustand wegen Schweizer Nickelmine in Guatemala

Der Konzern Solway Investment Group mit Sitz in Zug betreibt in El Estor in Guatemala die Nickelmine Fénix. Diese steht schon lange in der Kritik, weil es in ihrem Umfeld zu Umweltzerstörung und schweren Menschenrechtsverletzungen kommt und die Rechte der indigenen Bevölkerung missachtet werden. Wer sich gegen die Mine wehrt, hat grobe Repressionen durch staatliche Sicherheitskräfte zu befürchten. So wurde der Fischer Carlos Maaz Choc 2017 bei einem Protest von der Polizei erschossen.

Auf eine Klage der Betroffenen hin hat das Verfassungsgericht Guatemalas 2019 und 2020 entschieden, dass die Abbaukonzession der Mine suspendiert und die indigene Bevölkerung für den weiteren Betrieb

konsultiert werden muss. Seither hat sich der Konflikt zugespitzt: Solway betreibt die Verarbeitungsanlage auf dem Gelände weiter und behauptet, dies sei mit dem Gerichtsurteil vereinbar. Die Situation ist kürzlich eskaliert, als die Polizei mit massiver Gewalt auf friedliche Proteste der lokalen Maya Q'eqchi'-Bevölkerung reagiert hat. Am 24. Oktober wurde ein einmütiger Ausnahmezustand verhängt. Das Recht zur freien Meinungsäusserung und zur Versammlungsfreiheit werden damit massiv eingeschränkt, Polizei und Militär schüchtern die Menschen mit harschen Massnahmen ein. Während Solway weiterhin vom lukrativen Nickelgeschäft profitiert, gibt es für die Menschen vor Ort kaum noch eine Möglichkeit, sich zu wehren.

## Impressum

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 60 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

**KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG**  
Monbijousstrasse 31, Postfach, 3001 Bern  
info@konzern-initiative.ch  
031 390 93 36

# KONZERN- VERANTWORTUNG

Infoblatt für Parlamentarier/-innen  
Wintersession 2021

## INTERNATIONALE ENTWICKLUNGEN

- **EU: Konzerne für verbindliche Regeln**
- **UN-Treaty: Verhandlungen ohne die Schweiz**

## SCHWEIZ

- **UNO-Kinderrechtssausschuss mahnt Schweiz**
- **Skandalserie der Credit Suisse**

## HANDLUNGSBEDARF

- **Ausnahmezustand wegen Schweizer Nickelmine**
- **Steuertricks auf Kosten der Ärmsten**
- **Misstände auf Schweizer Plantagen**







## EU: Politik und Wirtschaft für mehr verbindliche Regeln

Die EU will die Klimakrise rasch bekämpfen und setzt dabei mit dem Green Deal auf Investitionen. Gleichzeitig diskutieren Kommission und Parlament über zahlreiche neue Regulierungen rund um die Verantwortung von Unternehmen für Umwelt und Menschenrechte.

### Neue Berichterstattungs-Richtlinie und die Definition von «grün»

Im April 2021 hat die EU-Kommission das «Sustainable Finance»-Package verabschiedet. Dieses besteht aus zwei Teilen: Erstens wird die EU-Richtlinie über die nichtfinanzielle Berichterstattungspflicht für Unternehmen revidiert. Die Kriterien werden angepasst und neu sollen auch KMU über ihre Nachhaltigkeitsbemühungen berichten müssen. Die zweite Vorlage ist der EU Taxonomy Climate Delegated Act. Hier geht es um ein System von wissenschaftsbasierten Indikatoren für wirtschaftliche Aktivitäten oder Projekte, die einen substantiellen, positiven Einfluss zur Erreichung des Netto-Null Klimaziels bis 2050 haben. Damit sollen sich Politik, Unternehmen und Investoren darauf einigen können, was wirklich «grün» und was blosses «Greenwashing» ist.

### Konzernverantwortung, Entwaldungs-Stopp und Importverbote

Weitere neue Erlasse der EU-Kommission sind in der Pipeline. Mitte November publizierte sie die neue Verordnung über Deforestation, welche die Einfuhr von Rindfleisch, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja und Holz verbietet, wenn für die Herstellung dieser Produkte Wälder abgeholzt wurden. In den nächsten Wochen wird das neue Konzernverantwortungsgesetz der EU erwartet. Dieses wird ähnlich wie die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltsprüfungspflichten sowie einen Mechanismus zur Durchsetzung derselben umfassen. Ausserdem wird in der EU auch darüber diskutiert, Import-Verbote für Produkte zu erlassen, die mit Zwangsarbeit produziert wurden.

### Konzerne engagieren sich für mehr Regulierung

Bei all diesen Regulierungs-Projekten ist es nicht verwunderlich, dass sich potentiell betroffene Konzerne zu Wort melden. In den letzten Wochen und Monaten gelangten immer wieder breit unterzeichnete «Business Statements» an die Öffentlichkeit. Interessant dabei: Viele Konzerne, darunter bekannte Schwergewichte wie Nestlé, Mondelez, Mars oder Ferrero, aber auch potente Investoren-Gruppen sprechen sich in der EU für eine umfassende, griffige Regulierung aus, die auch zivilrechtliche Haftung enthält. So schreiben die Kakao-Riesen in ihrem Brief vom 18. Oktober 2021: «The legislation should also require member states to fulfil the provisions of the UN Guiding Principles whereby states must take appropriate steps to ensure those affected by abuses have access to effective remedy through judicial, administrative, legislative and other appropriate means, including provisions for civil liability.»

## UN-Treaty: Verhandlungen ohne die Schweiz

Im Oktober fand bei der UNO in Genf die 7. Verhandlungsrunde zum «UN-Treaty» statt, dem Abkommen zu transnationaler Wirtschaft und Menschenrechten. Ziel dieses Abkommens ist die Einhaltung der Menschenrechte durch Unternehmen bei ihren Auslandsgeschäften sowie ein verbesserter Zugang zur Justiz für Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Manche Staaten des globalen Südens beteiligten sich engagiert an den Verhandlungen; auch die EU und die USA waren vertreten. Und die Schweiz? Der Bundesrat hatte noch immer kein Verhandlungsmandat erteilt. Deshalb beschränkte sich die Schweizer Delegation nach ihrer einleitenden «Allgemeinen Erklärung» darauf zu schweigen und zu beobachten. Anders die EU-Aussenvertretung: Ebenfalls ohne Mandat brachte sie doch einige substantielle Interventionen ein.

Ein globales Problem braucht eine globale Antwort, welche Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit für Betroffene und transnationale Konzerne schafft, sowie für letztere auch Wettbewerbsgleichheit. Die Weigerung der Schweiz mitzuverhandeln, stellt einen Bruch der völkerrechtlichen Verpflichtung dar, Menschenrechte auch mittels des Abschlusses von Übereinkommen zu schützen und zu erfüllen (Art. 23 UN-Pakt I). Ein solcher Staatsvertrag könnte ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz in der Schweiz ergänzen.

Wird das Parlament Verantwortung übernehmen und den Bundesrat auffordern, ein Verhandlungsmandat zu erteilen? Die Interpellationen Fischer (21.3859) und Walder (21.3934) bilden eine Grundlage dazu.

### Weiterführende Infos:



## Zahlreiche Skandale der Credit Suisse zeigen: Es braucht eine griffigere Aufsicht

Vor der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative warb die Credit Suisse mit ganzseitigen Zeitungsinseraten für ein Nein. Die Initiative sei nicht nötig, denn Schweizer Unternehmen verhielten sich bereits heute verantwortungsvoll. Das mutet seltsam an, wenn man die diesjährige Skandal-Bilanz der Grossbank anschaut:

- Im Zusammenhang mit Grosskrediten im Wert von einer Milliarde US-Dollar in Mosambik wurden Unzulänglichkeiten bezüglich Geldwäscherei und Korruption nachgewiesen.
- Schon vor einigen Jahren wurde aufgedeckt, dass die Credit Suisse unter ihrem ehemaligen CEO Tidjane Thiam mehrere Mitglieder der Geschäftsleitung beschatten liess. Vor wenigen Wochen dehnte sich die Beschattungsaffäre aus als bekannt wurde, dass auch der Ex-Mann von Thiams Ehefrau beschattet wurde.
- In den Skandalen im Zusammenhang mit den Greensill- und Archegos-Fonds musste die Credit Suisse kurz hintereinander Wertpapiere im Wert von mehreren Milliarden Franken abschreiben und konnte den Anleger/-innen nur einen Teil des verlorenen Gelds zurückerstatten.

Die Missstände im Risikomanagement der Credit Suisse brachte die Handelszeitung so auf den Punkt: «Schlafen, wegschauen – und kassieren: So sorglos agieren die Risiko-Manager bei der Grossbank.» Die nicht endende Skandalserie zeigt vor allem, dass selbst in der relativ eng regulierten Bankenwelt noch griffigere Gesetze notwendig sind. Das sehen auch prominente Persönlichkeiten so, die sich noch im Herbst 2020 aktiv gegen die Konzernverantwortungsinitiative engagierten: Mitte-Präsident und Nationalrat Gerhard Pfister sagte über die CS-Skandale in der Sonntagszeitung: «Wahrscheinlich ist die Finma zu weich, und es braucht griffigere Instrumente ... Wer wie die CS in der Weltklasse spielen will, braucht auch einen Weltklasse-Regulator.» Und Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz gab zu Protokoll: «Im Schweizer System steckt ein Fehler. Der Finma fehlt schlicht das Gebiss. Die einzige Sprache, die die Manager verstehen, sind Bussen, die den Banken und damit auch ihnen wehtun.»

## UNO-Kinderrechtsausschuss mahnt Schweiz erneut

Alle 5 Jahre muss die Schweiz dem UNO-Kinderrechtsausschuss berichten, wie die Kinderrechtskonvention umgesetzt wird.

Bereits 2015 und nun erneut 2021 kritisierte der Ausschuss die Schweiz, weil diese keine rechtlich verbindlichen Mechanismen kennt, welche sicherstellen, dass Schweizer Konzerne Kinderrechte auch im Ausland respektieren. Der Ausschuss begrüsst zwar den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, zeigt sich aber besorgt darüber, dass die Schweiz nach wie vor auf Freiwilligkeit setze: «The Committee (...) is concerned about the reliance on voluntary self-regulation and reporting by the business sector and the lack of legal accountability for business enterprises that have violated children's rights.»

Wie aktuell diese Besorgnis ist, zeigt eine traurige Nachricht aus Cerro de Pasco: Im September starb ein 12-jähriges Mädchen in diesem peruanischen Dorf. Das Kind war schwer an aplastischer Anämie erkrankt, wahrscheinlich ausgelöst durch die massive Schwermetallbelastung im Umfeld der Blei- und Zink-Mine des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore. Die Familie des Kindes und lokale Organisationen sind sich einig: Staat und Minenunternehmen müssen endlich dafür sorgen, dass die Vergiftungen aufhören und die medizinische Versorgung sichergestellt wird.

### Weiterführende Infos:

